

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der internationale Faschismus.

Diktaturkrise in Spanien. — Der Faschismus in Italien und der Tschechoslowakei.

St. Jean de Luz (französisch-spanische Grenze), 26. August. (Reuter.) Einer Information aus französischer Quelle zufolge ist in Spanien eine sehr ernste Lage entstanden infolge der Forderung von Artillerieoffizieren, daß der König den Premierminister General Primo de Rivera entlassen solle. Als Antwort darauf unterbreitete Primo de Rivera dem König ein Dekret, das das Artilleriekorps auflöst und die Waffenfabriken in Toledo und Trubia der militärischen Kontrolle entzieht und sie unter Zivilkontrolle stellt. Der König habe sich geweigert, das Dekret zu unterzeichnen und sei sofort nach der Kabinettssitzung nach Santander abgereist, wo die königliche Familie sich aufhält. Die Schwierigkeiten zwischen General Primo de Rivera und den Artillerieoffizieren datierten zurück bis zum Beginn des neuen Regimes, aber man glaube, daß sie jetzt in ein neues und ernstes Stadium eingetreten seien, dessen Folgen man unmöglich voraussehen könne.

Mussolini-Diktatur.

Waffenverhaftung von Sozialisten?

Paris, 26. August. (W.B.) Nach Blättermeldungen aus Mailand sollen in Verona im Anschluß an eine Reihe von Hausdurchsuchungen 400 Sozialisten verhaftet worden sein. Weitere Verhaftungen sollen in Padua erfolgt sein.

Faschistenhefte gegen Benesch.

Kräfteige Abwehr.

Die tschechischen Faschisten können sich mit der Niederlage, die sie durch die Pensionierung des General Gajda erlitten haben, nicht abfinden und die Nationaldemokraten leisten ihnen dabei Schutzhilfe. Die beiden Sekretäre der nationaldemokratischen Partei, Eis und Hlavatschek, sind faschistisch gesinnt und bemühen sich auch, den ganzen Parteiapparat den Faschisten in die Hände zu spielen. Diesen Versuchen leisten die gemäßigten Elemente der Partei Widerstand, und wie das tschechisch-sozialdemokratische „Bravo Vidu“ (Volkswacht) berichtet, ist es deshalb in der letzten Sitzung des Volkskongresses zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen.

Die faschistische Wut wendet sich jetzt besonders gegen den Außenminister Benesch. Hlavatschek hat kürzlich in einer Faschistenversammlung gegen Benesch die Beschuldigung erhoben, daß er eine gewalttätige Veränderung der Verfassung geplant habe. Benesch hat darauf sehr kurz geantwortet, indem er die Verbreiter dieser Gerüchte als berufsmäßige Betrüger bezeichnete. Und sein Blatt, das nationalsoziale „Geslo Slovo“ (Tschechisches Wort) ist noch deutlicher geworden, indem es die Angriffe des Faschismus darauf zurückführte, daß er sich seinerzeit bei

Benesch vergeblich um den Posten eines Gesandten in Warschau beworben habe. Erst nach dieser Ablehnung habe Hlavatschek seine Hege gegen die „Burg“ (d. h. die auf dem Hradtschin einquartierten Masaryk und Benesch) begonnen. Darauf hat Hlavatschek wieder in dem nationaldemokratischen Montagblatt „Rano“ (Der Morgen) einen offenen Brief an den Außenminister veröffentlicht. Er erklärt darin, er beziehe die Vorwürfe des Ministers auf sich und werde ihn verklagen. Sachlich bemerkt er, daß der Londoner Gesandte Johann Masaryk und Benesch selbst wegen des Warschauer Gesandtenpostens an ihn herangetreten seien.

Darauf erwiderte Benesch im „Geslo Slovo“, daß seine Verhandlungen mit Hlavatschek wegen dessen Entsendung als Gesandten nach Warschau keineswegs auf die Initiative des Gesandten Masaryk, sondern auf Ansuchen Hlavatscheks zurückzuführen seien. Benesch zitiert dabei einen Brief Hlavatscheks, worin sich dieser bereit erklärt, im Falle seiner Ernennung zum Gesandten stets nach den Weisungen des Außenministers zu handeln. Weiter führt Benesch an, daß Hlavatschek während des Krieges entgegen den Weisungen des Nationalrates von den italienischen Militärbehörden Geld für die Legionen angenommen habe und deshalb vom General Stefanik seiner Funktion als Vertreter des tschechischen Nationalrates entzogen worden sei. Dazu fügt Benesch noch folgende Bemerkung:

Man wird wohl begreifen, daß ich mich mit Ekel von Leuten abwende, die mir in solcher Art geschrieben haben und die nun gegen mich eine Hege veranstalten und daß ich mit ihnen um meine Ehre weder vor Gericht kämpfe, noch mit ihnen diskutiere. Daher werde ich, wann immer ich etwas auf das richtige Maß zurückführen muß, mich stets an die Öffentlichkeit und nicht an diese Art Leute wenden. Ich füge hinzu, daß alle meine Verleumder von derselben Art sind.

Darauf läßt der Faschistenführer in den „Rozhodni Listy“ (Nationalzeitung) erklären, daß er gegen Benesch bereits die Ehrenbeleidigungsklage eingebracht und die Aushebung der Abgeordnetenimmunität des Ministers betreibt.

Schwierigkeiten in Athen.

Koalitionskabinettsbildung gescheitert.

Paris, 26. August. (Eigener Drahtbericht.) Aus Athen melden die Blätter, daß der Versuch des Generals Kondylis, ein Koalitionskabinetts zu bilden, gescheitert ist. Es ist nicht gelungen, die Parteiführer auf ein gemeinsames politisches Programm zu einigen. General Kondylis hat darauf erklärt, er habe die Absicht, ein Kabinetts zu bilden, das aus den hauptsächlichsten Führern der Armee und der Marine zusammengesetzt sei, die sich nach dem Sturz von Pangalos für die Rückkehr zu parlamentarischer Regierungsform ausgesprochen haben.

der Sowjetverfassung vertreten will. Sie hat insbesondere während der Zeit des Bürgerkrieges ihre Parteimitglieder zum Eintritt in die Rote Armee aufgefordert und aktiv dadurch die Interventionen ausländischer Mächte abwehren helfen. Nur die Mitglieder dieser famosen Arbeiterdelegation kennen diese einfachen Tatsachen nicht, sie beweisen dadurch, wie sehr sie zur Beurteilung der politischen Verhältnisse in Rußland qualifiziert sind. Eine Antwort auf das Schreiben der russischen Sozialdemokratie hat man von der Arbeiterdelegation bisher noch nicht erhalten. Die „Pravda“, die sonst für jede belanglose Äußerung ihre Spalten weit öffnet, wird sich hüten, dafür irgendwelchen Raum zur Verfügung zu stellen.

Belgien und das internationale Eisenkartell

Die belgische Regierung verurteilt die Cuertreibereien.

Brüssel, 26. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Ministerrat befahte sich am Mittwoch mit dem internationalen Stahlkartell. Die für gestern, Mittwoch, geplante Sonderkonferenz der belgischen Schwerindustrie über die Kartellfragen fand nicht statt, sondern wurde auf den nächsten Dienstag verschoben, da keine Aussicht bestand, schon zu einer Einigung zu gelangen. Es handelt sich hauptsächlich darum, bestimmte Differenzen zwischen zwei belgischen Riesenunternehmungen zu schlichten.

Die Unfähigkeit der belgischen Industriellen, zu einer Einigung zu gelangen, wird in Regierungskreisen scharf verurteilt, da man das Zustandekommen des Kartells unbedingt als im belgischen Interesse liegend betrachtet. Würde das Kartell gebildet, dann habe Belgien übrigens keine andere Wahl, als beizutreten, weil es auf die Einfuhr sowohl von Kohle wie von Eisenerz angewiesen ist. Man nimmt deshalb bestimmt an, daß sich die belgischen Industriellen jetzt bald einigen werden.

Frankreichs syrische Mandatsforge.

Wieder Militärregime!

Paris, 26. August. (Eigener Drahtbericht.) Der zurückgetretene Oberkommissar in Syrien Senator de Loubet dürfte durch den gegenwärtigen Kommandanten der französischen Truppen in Syrien, General Camelin, ersetzt werden. Diese Frage ist gestern im Kabinettsrat eingehend behandelt worden. Poincaré habe den General Weigand vorgeschlagen, habe aber dazu nicht die Billigung aller seiner Ministerkollegen erhalten. Jedenfalls sei die Lage in Syrien noch derart, daß man vorläufig nicht daran denken könne, das Oberkommando einer Zivilperson zu übertragen.

Agrarische Morphinisten.

Der Widerwinn der Getreidezölle.

Von Paul Nathan.

Es soll hier nicht geschrieben werden von Landwirten, die sich dem Morphiungenuß hingeben. Es mag solche geben, aber daß diese furchtbare Erkrankung oder dieses furchtbare Laster bei Landwirten vor allem sich fände, kann gewiß nicht behauptet werden. Die körperliche Arbeit, der Aufenthalt in freier Luft wirken eher dem Morphiungenuß entgegen, der sich bei angestrengt arbeitenden Intellektuellen, bei Städtern gewiß am häufigsten einnistet.

„Agrarische Morphinisten“ ist hier in dem Sinne gebraucht, daß ein Mittel dem Patienten als unentbehrlich erscheint, das nicht heilt, das eine kurze Spanne Zeit das Uebel veressen macht, um dann das alte Leiden um so verheerender wieder ausbrechen zu lassen.

Diese zunächst betörenden, dann ruinierenden Eigenschaften besitzen die Getreidezölle, die jetzt wieder in immer stärkerer Dosis von den Agrariern, insbesondere von den Großagrariern verlangt werden.

Es gibt nie ein Jahr schlechter oder schlechterer Ernte, ohne daß die großen Landwirte einen Sturm für höhere Getreidezölle zu entfachen suchen, und bei diesem Vorgehen die kleineren Landwirte, meist mit Erfolg, hinter sich herzuschleifen suchen.

Vor diesen Verlusten, verderblich für die Brotesser, verderblich für die Getreideproduzenten, die Großagrariere selbst, stehen wir wieder, da es den Anschein hat, daß die diesjährige Ernte einen reicheren Segen nicht bringen wird.

Bei solcher Gelegenheit taucht dann immer wieder die Frage auf: Wer hat an hohen Getreidezöllen ein Interesse? Natürlich jene, die Getreide zu verkaufen in der Lage sind; und jene, die Getreide kaufen müssen, also vor allem die große Masse der Brotesser, das ist die ganz erdrückende Mehrheit des Volkes, leidet unter hohen Getreidepreisen, und um so stärker, je größer das Quantum Brot ist, das der einzelne zu sich nehmen muß, um seinen Hunger zu stillen. Mit anderen Worten: Ein Staat, der durch Zölle den Getreidepreis erhöht, und der damit den Brotpreis künstlich steigert, verübt ein ganz niederträchtiges Verbrechen, er begeht die unsozialste Handlung, die man nur begehen kann; er zwingt die Armen und Vermitteln, die überwiegend von Brot leben und leben müssen, eine Abgabe jenen zu zahlen, die Brot, also Mehl und Getreide produzieren und verkaufen. Wer also seinen Hunger fast nur mit Brot stillen kann, der wird zur Unterstützung jener am stärksten herangezogen, die Getreide verkaufen; das ist die beschränkte Zahl der Großagrariere, die in erheblichem Umfang Getreide zu Markte bringen; sie kassieren ihren Gewinn durch die Getreidezölle bei denen vor allem ein, die am meisten Brot essen, und das sind die Armen, die nicht Fleisch, nicht Gemüse, nicht kostspieligere Lebensmittel sich anschaffen können, die im Elend, im äußersten Notfall mit trockenem Brot ihr trauriges Dasein fristen.

Um es in äußerster Zuspitzung auszudrücken: Der Großgrundbesitzer, der viel Getreide zu verkaufen vermag, steigert mit jeder Mark Getreidezoll seine Einnahmen, die von den Millionen der Armen und Vermitteln in Deutschland, als den stärksten Brotessern, aufzubringen sind.

Und dieses Ziel wird erstrebt in einer Zeit steigender Verarmung, weil steigender Arbeitslosigkeit der Massen; in einer Zeit, da der Konsum teurerer Lebensmittel zurückgeht und da das Brot in immer weiteren Kreisen zum ausschlaggebenden Nahrungsmittel geworden ist und im Winter bei weiter steigender Arbeitslosigkeit werden muß.

In einer Demokratie wäre eine Politik, die in solchem Umfang die Interessen der großen Masse des Volkes verlegt, doppelt gefährlich; unter Umständen verhängnisvoll.

Nun sagen aber die Befürworter höherer Getreidezölle seit den Zeiten des Fürsten Bismarck, daß die Zölle die Preise keineswegs steigern müßten. Dieser Einwand ist so schal, so abgebraucht, so oft widerlegt, daß nur die geistlosesten und verschlafenen agrarischen Befürworter hoher Getreidezölle ihn noch anzuführen wagen.

Fest steht, daß die Agrarier behaupten, höherer Einnahmen durchaus zu bedürfen; diese höheren Einnahmen wollen sie sich verschaffen durch eine Steigerung des Preises, den sie beim Verkauf für ihr Getreide erzielen, und dieser höhere Preis wird dadurch erzwungen, daß billigeres ausländisches Getreide vom deutschen Markt durch die Zollschranken ferngehalten wird. Wer Getreide nach Deutschland einführt, muß den Weltmarktpreis für seine Einfuhrware zuzüglich des Getreidezolles an der deutschen Grenze zahlen. Der Deutsche, der Broitgetreide genießt, entrichtet mithin den Weltmarktpreis und den Zoll, und damit steigt auch der Getreidepreis für gleichwertiges Getreide des Inlandes auf die Höhe des Weltmarktpreises zuzüglich des Zolles.

Das ist es ja auch, was die Agrarier erreichen wollen; sie wollen die Steigerung der Getreidepreise über den Weltmarktpreis im Inlande; sie wollen die Steigerung ihrer Einnahmen, und die können sie durch Zölle erreichen.

Welche Nachwirkungen eine solche agrarische Zollpolitik im Hinblick auf die Weltwirtschaft haben kann, darüber mag hier mit kurzen Worten hinweggegangen werden.

Natürlich pflegen die fremden Staaten, die Getreide nach Deutschland exportieren, solche Zollmaßnahmen, die wir zur Einführung bringen sollen, nicht als eine Wohlthat zu emp-

Auswärtiger Ausschuß.

Stresemann über den Eintritt in den Völkerbund.

Im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags gab heute vormittag Reichsaußenminister Dr. Stresemann einen Ueberblick über die politische Lage, wobei die Verhandlungen über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund naturgemäß im Vordergrund standen.

An der ausgedehnten Belpredung beteiligten sich die Abgg. Kaas (Str.), Westarp (Dnl.), Dernburg (Dem.), Siedler (Rom.), Bredt (Wp.), Blairat (Dnl.), Dr. Hilferding (Soz.). Außenminister Stresemann griff wiederholt in die Debatte ein.

Die Kommunisten haben den formellen Antrag gestellt, die Reichsregierung solle das Aufnahmegesuch beim Völkerbund zurückziehen. Bei Redaktionschluss dauerte die Sitzung noch fort.

Ein offener Brief.

An die deutsche Arbeiterdelegation in Moskau.

Das Zentralkomitee der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei hat an den Vorsitzenden der deutschen Arbeiterdelegation Kärber ein längeres Schreiben über die Lage der Arbeiterschaft in Rußland und über die Auffassungen der russischen Sozialdemokratie gerichtet. Dieses Schreiben ist der Arbeiterdelegation zweimal in Leningrad und in Moskau zugestellt worden. Da kein russischer Sozialdemokrat es wagen kann, öffentlich aufzutreten, so mußte die Zustellung illegal erfolgen. Es scheint nicht, daß die Mitglieder dieser sogenannten Arbeiterdelegation für diese empörende Tatsache auch nur das geringste Verständnis haben. So berichtete die „Pravda“ vor einiger Zeit über einen Empfang der Arbeiterdelegation bei Rykow, dem Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare. Auf die Frage, warum eine sozialistische Partei mit der russischen Sozialdemokratie in Rußland nicht legal arbeiten könne, antwortete Rykow mit den unverfrorensten Lügen über den angeblich aktiven Kampf der russischen Sozialdemokratie gegen die Sowjetmacht und ihre angelegliche Beteiligung an Aufständen und ausländischen Interventionen. Jeder einigermaßen politisch Erleuchtete weiß, daß die russische Sozialdemokratie jederzeit jede Beteiligung an bewaffneten Kämpfen gegen die Sowjetmacht abgelehnt hat und daß sie entsprechend ihrem Programm die Interessen der Arbeiterschaft auf dem Boden

finden. Sie beantworten dann gewohnheitsmäßig unsere verfehlten agrarischen Maßregeln mit ebenso verfehlten Schutzzöllen gegen die Einfuhr unserer Industrieprodukte in ihre Hoheitszonen, so daß dann folgendes Ergebnis für Deutschlands Arbeitermassen herauskommt. Diesen Arbeitermassen, die in der Industrie beschäftigt sind, wird das Brot verteuert und die Arbeitsgelegenheit zugleich verkürzt. Denn wenn die fremden, uns bisher Getreide liefernden Staaten sich gegen unsere Industrieprodukte durch Vergeltungsmaßregeln abschließen, so kommt es in unserer Industrie, deren Absatz damit zurückgeht, zu Arbeiterentlassungen, und die staatsmännliche Weisheit kann erklärlicherweise nicht höher getrieben werden, als daß jenen breiten Schichten, denen das unentbehrliche Brot verteuert wurde, zugleich auch die Arbeitsmöglichkeit bei steigendem Absatz genommen wird, also die Einnahmen, mit denen sie das verteuerte Brot vielleicht noch hätten bezahlen können. Die Aussicht auf wachsende Arbeitslosigkeit bei steigenden Lebensunterhaltskosten wäre jedenfalls ein Streich hoher „staatsmännlicher“ Weisheit.

Dieses Ergebnis erscheint grotesk, und doch ist es noch nicht der Gipfelpunkt jener Politik, die die Agrarier empfehlen. Zur schweren Schädigung der Massen, die solche Politik im Gefolge haben muß, kommt die Selbstschädigung, die die Agrarier schließlich an sich selbst verüben würden.

Es kann nicht geleugnet werden, daß Getreidezölle, wie beabsichtigt, zunächst den Großgrundbesitzern zugute kommen; aber nur für eine Zeit, für nicht allzulange Zeit.

Der Getreidezoll ist eine Garantie für eine Steigerung der Getreidepreise gegenüber den Weltmarktpreisen. Diese Garantie macht natürlich Getreideboden in dem geschützten Land wertvoller; dieser Boden geht damit im Preise in die Höhe; anders ausgedrückt: die Güterpreise mit Getreideböden steigen im Werte; bei jedem Verkauf muß für ihren Erwerb ein entsprechend gestiegener Preis angesetzt werden, und bei jedem Erbgang erhält der Erbe des Gutes die Nachlassenschaft zu einem entsprechend hinausgeschraubten Betrage angerechnet. Dies bedeutet: sobald die Güter, sei es durch Verkauf, sei es durch Erbschaft, die Hand gewechselt haben, wird die Einnahme aus dem Zoll kapitalisiert dem bisherigen Bodenpreis hinzugerechnet, und der neue Besitzer befindet sich daher in der gleichen Lage wie der Vorbesitzer, ehe noch die Getreidepreise hinausgesetzt wurden; sogar in einer schlechteren Lage, weil seine Kapitalaufwendung für den Besitz des Gutes eine höhere sein muß, als sie bisher bei dem Vorbesitzer gewesen ist. Der Gewinn aus den vorhandenen Getreidezöllen geht drauf durch die entsprechend gestiegenen Grund- und Bodenpreise, und damit ist den Agrariern, die zu teuer gekauft oder übernommen haben, wieder ein Anreiz gegeben, mit ihren Klagen zu beginnen und erneut zum Nachteil des Staatsganzen eine Heraushebung der für sie unwirksam gewordenen Getreidezölle zu betreiben.

Es ist das Bild des Morphinsten, für den die Dosis beständig gesteigert werden muß, und der nach jeder Steigerung eine weitere, immer ruinösere Steigerung verlangt und, um sich aufrechterhalten zu können, verlangen muß.

Eine Erhöhung des Getreidezolles wäre nicht nur ein Unglück für die breiten Massen, sondern in absehbarer Zeit auch ein Unglück für die Agrarier.

Wann wird der letzte politische Charlatan im Grabe liegen, der es wagt, solche verderblichen „Heilmittel“ einem gebildeten Volke anzupreisen!

Die Stickstoffwerke von Chorzow.

Wann führt Polen das Haager Urteil aus?

Vor längerer Zeit hat das Internationale Schiedsgericht im Haag durch Urteil ausgesprochen, daß Polen zur Enteignung der stickstoffhaltigen Stickstoffwerke in Chorzow nicht berechtigt war. Dieses Urteil ist natürlich der polnischen Regierung, die an der Gerichtsverhandlung teilgenommen hat, bekannt. Sie

hat aber bis jetzt nicht das geringste getan, um dieses Urteil auszuführen, und die polnische Regierung hat sogar eine Note der deutschen Regierung, die die Ausführung des Urteils verlangte, drei volle Monate lang und bis zum heutigen Tage unbeantwortet gelassen. Die Reichsregierung wird sich damit selbstverständlich nicht begnügen, und es ist möglich, daß, wenn Polen sein Verhalten fortsetzt, Deutschland beim Haager Schiedsgericht ein neues, ergänzendes Urteil beantragt, welches auszusprechen hätte, zu welcher Art Wiedergutmachung Polen auf Grund des ersten Urteils verpflichtet ist.

Der sächsische Bürgerblock.

Wellekungen der Volkspartei.

Der Zusammenschluß der Rechtsgruppen in Sachsen ist die Folge des starken Einflusses der illegalen und legalen Putzschistenverbände. Dieser Zusammenschluß drückt in erster Linie auf die Deutsche Volkspartei, die dadurch jede Freiheit des Handelns verliert und in eine Linie mit völkischen Putzschisten gebracht wird. Wie stark die Wellekungen innerhalb der Deutschen Volkspartei sind, zeigt eine Zuschrift aus Sachsen, die die „Tägliche Rundschau“ heute morgen veröffentlicht. Darin heißt es:

„Zuerst ging bekanntlich von den sächsischen Wehrverbänden die Anregung aus, eine bürgerliche Einheitsfront für die Wahlen herbeizuführen. Diese Anregung, soweit sie sich auf ein gemeinsames Vorgehen bezog, wurde in den Kreisen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen begrüßt. Die Wehrverbände überstimmten aber dann den Bogen und stellten in einem zweiten Briefe die Forderung auf, daß das taktische Zusammengehen bei den Wahlen auch politische Konsequenzen für die Zukunft mit sich bringen müßte und daß die Parteien, die bei den Wahlen zusammengingen, sich verpflichten müßten, auch nach den Wahlen gemeinsame Politik zu machen und vor allen Dingen niemals mit dem Marxismus zusammenzugehen. Diese legiere Warnung konnte sich nur an die Deutsche Volkspartei richten, die bekanntlich in Sachsen mit der Sozialdemokratie die Regierung führt. Dieses Begehren ist dann auch von der Deutschen Volkspartei in Sachsen und ihrem Organ, der „Sachsenstimme“, energisch zurückgewiesen worden. Was nicht bekannt wurde, ist aber die Tatsache, daß die Wehrverbände inzwischen die in ihrem zweiten Briefe ausgesprochenen Richtlinien zurückgezogen haben und daß weitere Verhandlungen, über deren günstigen Fortgang Meldungen in die Presse kamen, sich jetzt lediglich auf das taktische Zusammengehen bei den Landtagswahlen bezogen.“

In bezug auf dieses Zusammengehen ist nun eine neue Initiative von verschiedenen wirtschaftlichen Gruppen aus der Industrie, Landwirtschaft, dem Hausbesitz, Handel und Gewerbe usw. ergriffen worden. Auch von dieser Seite aus ist man an alle bürgerlichen Parteien — auch Demokraten und — Zentrum mit der Aufforderung herangeraten, einer einheitlichen bürgerlichen Liste für Sachsen zuzustimmen, weil man sich davon eine größere Strohkrast im Wahlkampf verspricht. Wieweit diese Anregung bei allen bürgerlichen Parteien Zustimmung finden wird, steht noch aus. Es scheint, als wenn die Zustimmung von Demokraten und Zentrum nicht leicht zu erreichen sein wird. Es bleibe es ein Zusammengehen der übrigen Parteien, falls sie sich in der Frage der Kandidatenaufstellung einigen würden. Im übrigen aber ließe diese Vereinbarung die spätere politische Haltung der Parteien völlig unberührt und ist somit mit der Anregung, die in dem zweiten Schreiben der Wehrverbände zum Ausdruck kam, nicht auf eine Stufe zu stellen.“

Mit dieser Zuschrift will die Volkspartei ihre aufsehenerregende Taktik in Sachsen offenbar entschuldigen. Angeblich soll also jetzt der Stahlhelmblock nur ein Wahlblock sein und keine Konsequenzen für die Zukunft haben. Diese seine Unterscheidung ist in Wirklichkeit keine Unterscheidung. Das Zusammengehen mit völkischen und Deutschnationalen in einem Lande wie Sachsen muß naturgemäß politische Folgen haben. Sachsen ist nicht irgendeine beliebige kleine Dorfgemeinde, sondern eines der größeren deutschen

Länder, die Politik, die hier betrieben wird, hat Rückwirkungen auch auf andere Stellen. Offenbar ist die Volkspartei nicht imstande und nicht willens sich nach der einen oder anderen Seite zu entscheiden. Sie möchte sich alle Türen offen halten. Rechts, rechts, links, geradeaus, rechts, links, rechts, rechts — das ist die Volkspartei.

Jungdo und sächsische Wehrverbände.

Das Hochkapitel des Jungdeutschen Ordens veröffentlicht folgenden Entschluß:

„Der Vorstoß der Vaterländischen Verbände Sachsens ist seitens des Großkomiturs von Ischammer und Osten namens der Großballen Sachsen ohne Einvernehmen mit Hochmeister oder Hochkapitel erfolgt. Es sind Maßnahmen getroffen, daß eine solche Dissonanz nicht wieder vorkommt. Inzwischen ist der Großkomitur von Sachsen von der zweiten Erklärung der Verbände, die nach Ansicht des Hochkapitels eine Einmischung in die Parteipolitik bedeutet, abgerückt. Das Hochkapitel bringt den sächsischen Brüdern Verständnis entgegen, insofern, als die besonderen politischen Verhältnisse in Sachsen besondere Maßnahmen erforderlich machen konnten. Vor aller Dessenlichkeit erklärt das Kapitel, daß der Jungdeutsche Orden nach wie vor jede Verquickung mit Parteipolitik ablehnt. Es mehren sich die Anzeichen, daß versucht werden wird, die nationalen Verbände zu parteipolitischen Vorpostendiensten zu verwenden; diesen Versuchen, auch wenn sie die Unterstützung einzelner nationaler Verbände finden sollten, wird sich der Jungdeutsche Orden mit aller Kraft entgegenstellen.“

Mordheze und Eisenbahnunglück.

Wie Reventlow den Gedenktag der Ermordung Erzbergers begeht.

„Heute sind fünf Jahre seit der Ermordung Erzbergers verstrichen. Diesen Jahrestag der Ermordung des ersten Opfers rechtsradikaler Mordheze feiert Graf Reventlow, M. d. R., auf eigene Weise. In einem Aufsatz des „Deutschen Tageblatts“ vom Mittwoch bespricht er das Eisenbahnunglück von Leiferde in folgenden Ausführungen:

„Welches immer die Anlässe des letzten Unglücksfalls sein mögen: schuldig in erster Linie an den Zuständen, ohne deren Beseitigen das Unglück nicht stattgefunden hätte, sind die Herren Dr. Stresemann, Dr. Marx und Dr. Luther und außer ihnen die Parteien, welche das Zustandekommen der Dawes-Beseize herbeigeführt haben. Es ist widerwärtig, die tränenerfüllten Ergüsse der Parteipresse zu lesen, und noch widerwärtiger, die Teilnahmsäußerungen aus dem Munde der Minister zu hören, welche die eigentlich schuldigen sind. Sie sind nicht allein schuld an diesem letzten Unglück, sondern sie haben auch die lange diesem Unglück vorausgehende Reihe von Eisenbahnunglücksfällen auf dem Gewissen; ob sie es empfinden, ist eine andere Sache. Es wäre sehr reizvoll und notwendig, eine authentische Liste der Toten und Verstümmelten und sonst in ihrer Gesundheit Geschädigten der Eisenbahnunglücke seit etwa Beginn des Jahres 1925 aufzustellen, zu veröffentlichen, die Photographien und Namen der Herren Dr. Marx, Dr. Stresemann und Dr. Luther darüber zu setzen und die Listen öffentlich anzuschlagen: Väter des Vaterlandes! Das werden gewiß die Witwen und Waisen der Verunglückten auch finden.“

Wenn dies nicht ein Wiederaufleben der Mordheze in widerwärtigster Form ist, dann hat es niemals eine Mordheze gegeben! Eine niederträchtigere Form gewissenloser Propaganda läßt sich nicht gut ausdenken.

Rur eins vergißt Herr Reventlow: auf die Liste der „Väter des Vaterlandes“, denen er den Haß und die Erbitterung der Geschädigten zugeadcht hat, müßte er 51 deutsch-nationale Reichstagsabgeordnete setzen, die dem Dawes-Plan zugestimmt haben.

In Eupen-Malmedy soll nun die belgische Zivil- und Handelsgesetzgebung in Kraft treten, so hat die belgische Regierung beschlossen.

Der Pfarrer streikt.

Eine Mitternachtsphantasie von Franz Rothensfelder.

Die kleine Glocke im Uhrturm über der Leichenhalle gehört tagsüber den Lebenden, die im unruhigen Hin und Her ihre Toten begraben, und den Toten, die mit der ersten Erdbührung auch die erste (vielleicht sagen jählich: letzte) Ruhe vor den Lebenden finden. Nachts gilt der Stundenschlag nur für die Toten, denn es gelüftet auch die Wälder nicht, im Friedhofsbahnhof zu schlafen, und dann kommt es vor, daß Reulinge auf diesem Gebiete, also Leute, deren Leichname der Beerdigung harren, mit dem ersten Schläge der Mitternachts spuken zu müssen glauben. Freilich geschieht das, auch wenn sie länger aufgebahrt bleiben, meist nur in der ersten Nacht, denn wenn die Körper in Verwesung übergehen, so legen sich auch rasch diese Nachzuckungen des Geistes, um ganz anderen Lebensformen Platz zu machen.

Doch davon später, jetzt nur soviel, daß von den beiden Toten in der Halle der eine, ältere und vornehm Aufgebahrte aus Übergläubigkeit und falscher Erziehung punkt 12 Uhr spuken zu müssen glaubte, während der andere, jüngere, tot und lebend der gleich arme Teufel, mit dem feinen stillstehenden Sädeln weiterzuschlafen begehrt.

Nennen wir diesen Müller, den anderen Schulze (wir müssen allerdings hinter Decknamen Zuflucht suchen, um nicht mit Hinterbliebenen in einen Prozeß zu geraten, aber der Teufel dürfte unter den Milliarden Toten gerade den richtigen Müller oder Schulze herausfinden), so ergibt es sich, daß zwischen beiden allmählich unter nicht besonders erfreulichen Umständen und auch nicht in ausnehmend freundlicher Weise folgende Unterhaltung zustande kam:

„Aber was haben Sie denn nur, alter Herr, daß Sie sich laut lamentierend neben Ihren verehrten Leichnam setzen und anderen die sauer genug erworbene Ruhe stören? Unserer ist froh, wenn er sich nach diesem Hundeleben einmal ordentlich ausschlagen kann, und Sie kommen her und glauben wohl die Halle allein gepachtet zu haben? Scheren Sie sich, wenn ich Sie höflichst bitten darf, gefälligst zum...“

„Aber um des Himmels willen,“ sagte Schulze so verzweifelt auf, daß ihm ein prächtiger Stranz, gestiftet von den Regelbrüdern, auf die Geisterzunge fiel, „bedenken Sie den Ort und unsere Lage! Ja, haben Sie denn, Ungläubiger, keine unsterbliche Seele?“

„Ree, nie gehabt. Was ist das übrigens für ein Ding?“

„Ja, wenn es so ist,“ sagte der andere Geist und rückte mit federnder Leichtigkeit einige Dezimeter weg, „dann freilich. Aber unserer — wolle doch fromm sterben.“

„Na und warum sind Sie's dann nicht?“

„Weil der Pfarrer streikt. O, und morgen“ — Schulze heulte schaurig wie ein geschlagener Windhund auf — „morgen werde ich wie ein Vieh verscharrt werden und habe mein Leben lang

Kirchensteuern bezahlt und wollte in der letzten Stunde alle meine Sünden beichten — und gerade da müssen die Pfarrer streiken! Und jetzt werde ich verdammt sein!“

„Altes Weib,“ knurrte der junge Mann, „sagen Sie, hat es weh getan, als Ihnen der Kranz auf die Zehne fiel.“

„Rein. Ganz und gar nicht.“

„Und da jammern Sie? Als ob es etwas Schöneres gäbe, als nichts mehr zu empfinden! Was meinen Sie, wie das geschmerzt hatte, bis mich der Tod aus den Balken des eingestürzten Neubaus befreite. Und jetzt: nicht mehr leiden und nicht mehr hungern müssen und mit all den anderen Toten gleich sein! Und da sprechen Sie von Verdammnis?“

Schulze wurde nachdenklich und stand auf. Schließlich huschte er — er, wie neu und fein! — durch die Mauern zu den Gräbern. Und dort stand er staunend still.

Ueberall lag ein wunderbares Leuchten, das aus den Tiefen der Gräber bis zu den Sternen ging, und das hatte edleren und teureren Glanz wie selbst der gültig lächelnde Mond, und wohin man auch sah, war Anseh, Werden und Vollenden. Da war auf einem Grab eine Rose geworden und man sah in ihr ein verklärtes Menschengesicht. Das hatte einmal zu den schimmernden Gebeinen gehört, aber lebend war es sicher nicht so schön gewesen.

Und das Werden war überall: in den Bäumen wie in den Lüften, und selbst den Wind sah man, das war ein Heer von seligen Gesichern, die alle einmal Leid gespiegelt hatten.

Werden und Menschenantlitz quoll in alle Weiten und griff über die einen Sterne weg zu anderen, und wenn auch niemand das irdische Halleluja sang, so ward doch allüberall ein beseligendes Weben und Rauschen, daß es kein Sterblicher gewagt hätte, mit dem schwachen Wort „Gott“ unbegreifliche Hoheit und Heiligkeit zu führen.

Vielleicht werde ich auch zur Rose werden, dachte der Geist, der einmal zu einem reichen Körper gehört hatte, und ehe er sich wieder auf die Bahre legte, rief er noch seinem Gefährten zu: Loh sie streiken, sie tun damit nichts Böses! Rein, es ist wirklich nicht schlimm, wenn einmal ein Pfarrer streikt.

Aber der Nachbar hörte ihn nicht mehr, denn er war einmal ein schrecklich armer Arbeiter gewesen und schlief sich eben die ewige Seligkeit zurecht. . . .

Ein Mittel gegen die Bluterkrankheit. Die spanischen Ärzte El Segui und Llopis haben ein Verfahren zur raschen und durchgreifenden Heilung der Haemophilie entdeckt, das sich hauptsächlich auf eine besondere Verwendung von Vitaminen gründet und bereits in der Madrider Universitätsklinik mit dem größten Erfolge angewandt worden ist. Die beiden Ärzte beabsichtigen, ihr Verfahren den medizinischen Gesellschaften und Fakultäten des Auslandes mitzuteilen. Die Bluterkrankheit, die erblich ist und besonders die männlichen Nachkommen befallt, ist in ihrem Wesen immer noch rätselhaft. Die davon Befallenen bluten bei den geringsten Anlässen und die Blutungen sind außerordentlich schwer zu stillen.

Stroßenbahnbriefkästen. Nur zu oft muß man minutenlang herumirren, bis man einen Briefkasten findet. Und dann wird er vielleicht nur dreimal am Tage geleert und der Anschlag an einen Fernzug ist gerade verflumt. Ein Weg, der die Postbeförderung und den Briefeinsammlerbeschleunigt, sind die Stroßenbahnbriefkästen zum allgemeinen Gebrauch für das Publikum. (Stroßenbahnpostwagen für Beförderung zur Bahn usw. gibt es ja schon lange.) Diese Einrichtung ist in Schweden und Holland schon lange im Gebrauch. Die Stadt Hamburg führt seit 1920 solche Briefkästen an ihren Stroßenbahnwagen, jedoch dürfen diese nur gegen eine Sondergebühr von 5 Pf. benutzt werden, falls es sich nicht um Eilbriefe handelt. Trotzdem war der Zuspruch reger, die Zahl der beförderten gewöhnlichen Briefe stieg von 24 000 im Jahre 1921 auf 600 000 im Jahre 1925. Neuerdings ist nun beschlossen worden, die Sondergebühr fallen zu lassen und größere Briefkästen an den Stroßenbahnwagen anzubringen. Die Einrichtung schafft nicht nur für das Publikum eine große Erleichterung, sondern auch für die Post, da die Briefe in einem regelmäßigen Strom eingeliefert werden und nicht stohweise in großen Posten. Dadurch wird die Abfertigung erleichtert und Fernanstränge öfters erreicht.

Musikerlos vor 2000 Jahren. Daß auch schon vor zwei Jahrtausenden die Kunst nach Brot ging und es nur spärlich fand, zeigt die Veröffentlichung eines ägyptischen Papyrus in der „Revue de Musicologie“ durch Theodore Reisch. Es handelt sich um einen Briefwechsel eines Finanzministers des Pharaos Euergetes, der in Ägypten von 246 bis 221 v. Chr. regierte. Es werden hier die Klagen eines Zitherspielers Heracleotes behandelt, der von seinem Meister Demeas eine Konzertsüßere erbe und eine Pension in Naturalien. Die Zither sowohl aber wie die Pension wurden ihm vorenthalten. Er erklärt, der Zither dringend zu bedürfen, um mit ihr den ersten Preis bei einem Wettbewerb zu erringen. Auch die Nahrungsmittel braucht er nötig, da er als Professor des Zitherspiels an dem Gymnasium von Philadelphia nur drei Mark monatlich Gehalt erhielt und einige Zuwendungen in Nahrungsmitteln. Wenn man annimmt, daß der Wert des Geldes damals mindestens zehnmal so groß war, so wären doch auch 30 Mark für einen Musikprofessor nicht viel. Er fordert daher die Auszahlung des Betrags, das in mehreren Pfund Fleisch und einigen Litern Wein bestand.

Im Schiller-Theater Charlottenburg beginnt die Winterzeit am 1. September.

Der Becken-Soal, der während der Sommermonate nach Angaben des bekannten Archäologen Oscar Kaufmann künstlich neu ausgefaltet wurde, wird Anfang September wieder eröffnet werden.

Die Berliner Secession bereitet ihre Herbstausstellung (Malerei und Plastik) vor, die Ende Oktober in ihren alten Räumen am Lustgarten-damm 322 eröffnet werden soll. Die Einlieferung ist auch Nichtmitgliedern gestattet.

Eine allgemeine Volkszählung in der Semjunion. Die Fomjetregierung hat beschlossen, im Dezember d. J. eine allgemeine Volkszählung zu veranstalten. Zu diesem Zweck sind 12,5 Millionen Rubel bewilligt worden. Die Zählung der Roten Armee wird neben der allgemeinen Volkszählung auf besonderem Wege erfolgen.

Die Völkerverbundfrage.

Kein wesentliches Ergebnis der Besprechungen
Hurst-Fromageot.

London, 26. August. (WZ.) Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph schreibt: Sehr wesentliche Ergebnisse scheinen die kürzlichen streng privaten Besprechungen nicht gehabt zu haben, die in erster Linie zwischen Sir Cecil Hurst und Fromageot in London und später in Deutschland zwischen Fromageot und Dr. Gaus über die Möglichkeit von Abänderungen des Cecilischen Planes für halbständige und nichtständige Ratsmitglieder stattgefunden haben. Verschiedene Vorschläge mit dem Ziel, die spanische und die polnische Empfindlichkeit zu befriedigen, sind erwogen worden einschließlich eines Vorschlages der Schaffung halbständiger Sitze von fünfjähriger statt dreijähriger Dauer und des bestimmten Rechtes auf Wiederwahl zu Ende dieses Zeitraumes. Aber Sir Cecil Hurst, mit dem sich am Schlusse der Besprechungen Fromageot und Dr. Gaus mehr oder weniger in Übereinstimmung befanden, ist, wie verlautet, misstrauisch bezüglich der Zweckmäßigkeit des Versuches der Abänderung eines Plans, über den in der Studienkommission nur ein beschränktes Maß von Übereinstimmung erzielt werden konnte. Es könnte sein, daß die Befestigung der für Warschau so unbedeutenden Klausel, durch die die Völkerverbundversammlung ermächtigt werden würde, ein obstruktionstreibendes nichtständiges Mitglied des Rates vor Ablauf des normalen Mandates dieses Mitglieds zu beseitigen, vorgeschlagen werden wird. Im übrigen stammt der Gedanke dieser beiden erörterten, auf britische, französische und deutsche Juristen beschränkten Besprechungen, wie verlautet, von Briand. Es ist, so fügt der Berichterstatter hinzu, vielleicht gut, daß sie nicht sehr viele Ergebnisse haben, da diese seltsam geheimen Zusammenkünfte ein nicht unnatürliches, vollkommen unnötiges Maß von Argwohn und sogar von Verstimmung unter den Mächten erzeugt hätten, deren Juristen nicht zur Teilnahme eingeladen wurden. Die Kommission umfaßt außer den Locarnomächten (Italien und Belgien) 10 Staaten. Viele von diesen neigen dazu, alle Verhandlungen, von denen sie ausgeschlossen werden, als unberechtigte Versuche einer Minderheit anzusehen, die Mehrheit gemißtrauen vor vollendete Tatsachen zu stellen. Sie erinnern daran, daß die Märzvorgänge in Genf auch durch vorherige Besprechungen beeinträchtigt worden sind.

England gegen Mandatserteilung.

London, 26. August. (WZ.) In der „Times“ wird zur Tanagerfrage ausgeführt: Es besteht Grund zu der Annahme, daß die technischen Schwierigkeiten, die der Gewährung eines Völkerverbundmandates an Spanien im Wege stehen, in britischen amtlichen Kreisen immer mehr erkannt werden. Artikel 22 der Völkerverbundfassung über die Einrichtung von Mandaten bezieht sich ganz deutlich auf Gebiete, die infolge des Krieges aus den Händen der Staaten gegangen sind, die sie früher regiert haben. Es könnten daher ernsthafte völkerrechtliche Einwände gegen die Anwendung der Mandatsgrundzüge auf die Tanagerzone aufgeworfen werden. Weiter geht die britische Haltung dahin, daß das Tanagerproblem und die Frage der Völkerverbundmandatserteilung getrennt voneinander behandelt werden müssen. Jedenfalls ist man der Ansicht, daß keine Meinung über das Schicksal Tangers ausgedrückt werden kann, bis genügend Zeit für eine Erörterung vorhanden gewesen ist. Im übrigen würde Frankreich natürlich durch eine Umänderung der Verhältnisse in Marokko mehr berührt als England.

Frankreichs Standpunkt.

London, 26. August. (WZ.) Vertinay berichtet dem „Daily Telegraph“ aus Paris: Die französische Regierung scheint hinsichtlich der Tanagerfrage geneigt zu sein, für die einfachste und leichteste Lösung einzutreten, nämlich für die Übertragung der bisher von Frankreich eingenommenen vorherrschenden Stellung in der Verwaltung Tangers auf Spanien, indem sie einen Spanier den Vorsitz des Kontrollausschusses und einen anderen Spanier die ebenfalls von einem Franzosen besetzte Stellung eines Hauptverwalters einnehmen läßt. Im Austausch dafür könnte eine Umänderung der spanischen Zone erwogen werden. Der Haupteinwand gegen die Schöpfung eines Völkerverbundmandates ist, daß es das gesamte Marokkoproblem in den Wirbel der europäischen Erörterungen ziehen würde. Nach der obigen Lösung könnten die italienischen Ansprüche in derselben Weise befriedigt werden wie unter dem augenblicklichen Regime.

Spaniens Forderungen.

Offizieller Schritt bei den Signatarmächten des
Tangerstatuts.

Rom, 26. August. (WZ.) Gleichzeitig mit der öffentlichen Erklärung Primo de Riveras über die geplante Einnahme Tangers in die spanische Zone hat die spanische Regierung in diesem Sinne eine politische Aktion bei den Signatarmächten des Tangerstatuts eingeleitet. Sofort nach dem bekannten Interview hatte der spanische Außenminister Panguas eine Unterredung mit dem italienischen Botschafter in Madrid zur Klärung des spanischen Standpunktes. Gleichzeitig erhielt der spanische Botschafter in Rom Weisung zu näheren Mitteilungen an Mussolini. Dieser ersuchte indessen den Vertreter Spaniens, die Bestrebungen und Ermogungen der Regierung von Madrid sowohl hinsichtlich eines ständigen Ratsmitgliedes als auch der geplanten Annektion von Tanger schriftlich darzulegen. Vorgestern hat der spanische Gesandte im Palazzo Chigi namens seiner Regierung eine Note über die beiden Fragen überreicht, über deren Inhalt in Rom Stillschweigen bewahrt wird. Man versichert, die Note erläutere und bestimme genau die beiden Forderungen Spaniens. Spanien scheint auch zu beabsichtigen, die beiden Fragen schon vor die nächste Völkerverbundversammlung zu bringen. Ueber diesen Vorschlag haben sich die verschiedenen Regierungen die Antwort vorbehalten. Mussolini wird wahrscheinlich schriftlich auf die spanische Note antworten. Die spanische Regierung scheint die gleichen Mitteilungen auch in London und Paris gemacht zu haben. Die Haltung Italiens zur Tanagerfrage hänge nach dem „Corriere della Sera“ von den Antworten Englands und Frankreichs auf die spanische Forderung ab.

Deutscher Landgemeindevorstand. Anlässlich der Mitgliederversammlung des Deutschen Landgemeindevorstandes am 29. August in Mainz findet am 28. August abends 7 Uhr im Traubensaal der Lieberthal eine Gruppenversammlung der SPD-Delegierten statt. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, der die Tagung besucht, so rechtzeitig in Mainz einzutreffen, daß er auch der Gruppenversammlung beiwohnen kann. Kommunalpolitische Zentrale beim Parteivorstand (SPD).

Zur Vorbereitung der Interparlamentarischen Konferenz 1927 in Paris tritt heute in Genf die sogenannte interparlamentarische Kommission zusammen.

„Feine Leute“ vor Gericht.

Berlin W., Tauentzienstraße, Kurfürstendamm, Romanisches Café, Café Gräbenwahn, Ufa-Palast am Zoo, Alhambra, Kabarett, Dielen, Bars, Sekt, Autos, Parfüm, Liebe jeder Art, honette Gesellschaft, bessere Diebe, Hochstapler, Betrüger, Schieber, Spieler, Damen der Halbwelt, alles durcheinandergemischt, alles gleich elegant und schön und alles kostet Geld, viel Geld; fehlt es, so muß es herbeigeschafft werden, so oder anders; denn es heißt durch- und mithalten, so gut es eben geht. Die Mittel zu diesem Leben müssen gefunden werden, sei es selbst auf unredlicher Weise.

Das Darlehen.

Wozu ist eine Wohnzimmerwohnung gut, wenn man seine Schulden nicht bezahlen kann? So schlecht gehen die Geschäfte. Die Einrichtung ist totes Kapital, mit dem man nichts anfangen kann und Geld braucht man so nötig; also bleibt nichts anderes übrig, als die Möbel zu verpfänden. Der Kaufmann H. tut es einmal mit einem Teil der Möbel; dann ein zweites Mal mit einem andern Teil und schließlich ein drittes Mal mit der ganzen Einrichtung. Er verpfändet sie einer guten Bekannten — auch aus Berlin W. — und läßt sie Wort darüber verlauten, daß Teile der Einrichtung bereits verpfändet sind. Wozu soll er das auch? Die 6000 M., die er von ihr als Darlehen erhält, sind so schon durch die Möbel nur einiger Zimmer gedeckt. — Die Zahlungstermine rücken heran, verstreichen. Die 6000 Mark sind verpulvert. Frau S. macht ihre Forderung geltend, erhält nichts; bringt aber in Erfahrung, daß auf große Teile der Möbel andere Gläubiger ein Vorrecht besitzen. — Betrug, Staatsanwalt, Vorpiegelung falscher Tatsachen. Gerichtstermine, Verurteilung, Berufung. Zweite Instanz. Zwischen durch hat sich Frau S. auf zivilrechtlichen Wege bereits mit Herrn H. geeinigt; sie übernimmt die Verpflichtungen allen seinen übrigen Gläubigern gegenüber, die ganze Wohnungseinrichtung samt der Wohnung. Also erstattet sie der zweiten Instanz, sie sei befriedigt. Ist sie aber befriedigt, so liegt kein Betrug vor — natürlich nur in strafrechtlicher Hinsicht bleibt er bestehen. Doch was soll sich da noch der Rudi mit der Sache zu schaffen machen. Der Betrüger erhält Bewährungsfrist; im Strafregister bleibt aber der Vermerk: „Wegen Betruges vorbestraft.“ Dies waren Leute von Berlin W. untereinander.

Die Erpressung.

Auch der Herr „Direktor“ R. und der „Holzhändler“ M. sind beide aus Berlin W.; sie verkehren in den gleichen „Gesellschafts“-kreisen. Zur Unterstützung des Holzhandels wurde ein Bankunternehmen als Aktiengesellschaft gegründet. Den Löwenanteil an den Aktien nahm sich der Herr „Direktor“, außerdem aber auch den Löwenanteil am Kredit. Dieser war so groß, daß für die anderen „notleidenden“ Holzhändler nichts übrig blieb. Nach der Stabilisierung der Mark war aber der Holzhandel auf den Hund gekommen. Mit diesem auch Herr R. Er sah überhaupt keine Möglichkeit, sich heraufzuarbeiten. In dem

Die Kinderlähmungen in Spandau.

Ein dritter Krankheitsfall.

In Spandau, wo bisher zwei Kinder zunächst nur unter dem Verdacht von spinaler Kinderlähmung erkrankt waren, erkrankte am Dienstag der achtjährige Knabe Simon aus der Goltzstraße 65 zu Spandau unter den gleichen Krankheitserscheinungen.

Im Spandauer Krankenhaus befinden sich jetzt drei an spinaler Kinderlähmung erkrankte Kinder. Die neunjährige Dora Brose aus der Luthersiche, die zehnjährige Gertrud Taube aus der Zepelinstraße und als neuester Fall der achtjährige Knabe Simon aus der Goltzstraße. Die kleine Brose, deren Erkrankung von Anfang an nicht besonders schwer war, die auch sehr frühzeitig im Krankenhaus Aufnahme fand, befindet sich bereits auf dem Wege der Besserung. Die Erkrankung der Gertrud Taube dagegen stellt sich als der schwerste Fall dar. Dem Kinde sind beide Beine gelähmt, doch besteht im Augenblick keine Lebensgefahr. Die dritte Erkrankung ist wahrscheinlich der Ursprungsort. Der Knabe Simon hatte seinen Ferienaufenthalt in einer Ortschaft im Kreise Nordhausen verbracht, wo Fälle von spinaler Kinderlähmung vorgekommen sind, so daß vermutlich die Krankheit von hier eingeschleppt worden ist. Die Erkrankung des Knaben ist indessen nicht besonders schwer. Es liegt eine Teillähmung des linken Unterschenkels vor. Man hofft, daß hier bald eine völlige Heilung eintreten wird. Jedenfalls liegt in allen drei Fällen Grund zu der Befürchtung, daß die Krankheit sich weiter verbreiten wird, nicht vor, zumal in Spandau alle erdenklichen Vorkehrungsmaßnahmen getroffen sind, um eine Weiterverbreitung der Lähmungen zu verhindern.

Unregelmäßigkeiten der Wasserporto-Rettungsgesellschaft.

Die Rettungsgesellschaft der Wasserportoer eine von Berlin und Umgegend, die auch in diesem Jahre auf ihren Stationen (Müggelsee, Wannsee, Grünau, Neue Mühle, Blosin und Wolzig) bereits eine sehr erfolgreiche Tätigkeit hinsichtlich des ihr anvertrauten Rettungswertes auszuweisen hatte, ist einer schweren Veruntreuung zweier leitender Vorstandsbeamten zum Opfer gefallen. Der 1. Vorsitzende und der Schatzmeister haben teils gemeinsam, teils getrennt mit den Geldern der Gesellschaft auf eigene Faust Geschäfte gemacht und die Kasse, soweit es sich bis jetzt überlegen läßt, um viele Tausende geschädigt. Trotz der nachträglich übernommenen Verpflichtung der Herren, dies Ranko auszugleichen, ergibt sich doch eine Situation, die es der neuen Leitung nur mit Ausbittung aller Kräfte ermöglicht, die Geschäfte und damit auch den Rettungsdienst fortzusetzen. Aktive Mitarbeit aller interessierten Wasserportler vorausgesetzt, kann die begründete Hoffnung bestehen, daß der Dienst in bisherigem Umfange aufrechterhalten wird. Die Stationen werden wohl bis einschließlich den 19. Oktober 1926 dienstbereit bleiben.

Mittelfener in der Schloßbrauerei.

Heute nachmittag gegen 1/2 1 Uhr brach in der Bäckerei der Schloßbrauerei Schöneberg in der Hauptstraße Feuer aus, das mit großer Schnelligkeit um sich griff. Das Feuer fand an den Beschoororten, womit die Häuser ausgepicht werden, und an Fagholzern reiche Nahrung. Auf den Warm eilten die Wächter Schöneberg, Wilmersdorf und Friedenau an die Brandstelle. Es wurde aus mehreren Schaumlöschapparaten und einem Rohr größten Kalibers Wasser gegeben. Eine ungemein starke Rauchentwicklung erschwerte die Lösaktion. Bei Redaktionschluss dauert das Feuer noch an.

Flugzeugabsturz bei Staaken.

In der Nähe von Staaken, etwa 150 Meter östlich des Gehöfts Albrechtshof, stürzte heute vormittag kurz vor 11 Uhr das Flugzeug D. 854 der Deutschen Verkehrsfliegerschule Staaken ab und ging vollständig in Trümmer. Der Pilot und sein Begleiter blieben wie durch ein Wunder unverletzt. Nach den bisherigen Ermittlungen lag in etwa 15 Meter Höhe das Seitensteuer, der Apparat sackte ab und stürzte in die Tiefe.

Einweihung des Funkturmes in Wilsleben.

Die Große Deutsche Funkausstellung in Wilsleben, die vom 3. bis 12. September im Funkhaus stattfindet, wird mit dem feierlichen Akt der Einweihung des neuen Funkturmes von 130 Meter Höhe eröffnet werden. Die Arbeiten am Turm einschließlich des in 50 Meter Höhe befindlichen Restourants sind jetzt

Kreditunternehmen für den notleidenden Holzhandel, dessen Mitbegründer Herr R. war, hieß es aber: kein Geld da. Da schrieb er einen Brief an den Herrn „Direktor“ und unterschrieb ihn: „ein notleidender Holzhändler“ — es war also ein anonymer Brief. In ihm stand zu lesen, daß der Herr „Direktor“, der 1/4 Millionen Kredit erhalten habe, sich doch überlegen solle, ob er für den „notleidenden“ Holzhändler nicht 5000 M. springen lassen wolle, wenn er es nicht mit der Deffentlichkeit, die eine sehr böswärtige Dame sei, zu tun haben wolle. Der Herr „Direktor“ überlegte aber nicht lange und ging zur Polizei — so kam die Angelegenheit zum Staatsanwalt, darauf zur ersten Instanz, die den „notleidenden Holzhändler“ wegen verächtlicher Erpressung zu einer Gefängnisstrafe verurteilte, und schließlich zur zweiten Instanz. Diese hatte mehr Einsicht; auch war der Herr Direktor eigenartig kleinlaut. Hinterher wurde es auch klar, weshalb? Er bat die Presse, nur ja nicht um Gotteswillen seinen Namen zu nennen. Für gewöhnlich tun das die Angeklagten. Er mußte aber, weshalb dieses Mal er, der „Geschädigte“, es tat: sein unreines Gewissen mag vielleicht mitgesprochen haben. Der Erpresser aber erhielt Bewährungsfrist. Die verächtliche Erpressung bleibt aber bestehen.

Der Pensionsdieb.

Er stiehlt in Berlin W. und nur in noblen Pensionen, ausnahmslos bei seinen Landsteuten. Er selbst ist auch hoffähig in Berlin W. Der Name seines Vaters hatte seinerzeit guten Klang in der Moskauer Gesellschaft. Seine Frau lebt augenblicklich in Paris, verkehrt in den besten Kreisen, sein Schwager ist in Moskau ein angesehenere Mann — und er ein gefürchteter Pensionsdieb von internationalem Ruf; die Warschauer und die Pariser Polizei zeigen für ihn ein reges Interesse. Die Berliner hat ihn aber erwischt und so steht er gemeinsam mit seinem Komplizen, einem heruntergekommenen polnischen Nöblen, vor dem Richter. Er befreit alles, er weiß von nichts. Muß aber zugeben, in verurteilten Lokalen der Ringstraße verkehrt zu haben. Auch seine Bekanntschaft mit dem vorbestraften Komplizen kann er nicht bestritten; die Geschädigten kennen ihn wieder. Die Methode, nach der gearbeitet wurde, war ebenso einfach wie einleuchtend: man bezog in der Pension ein Zimmer, kaufte einen Koffer herbei, der später zusammen mit den Pensionären verschwand. An Stelle von Pensionären und Koffer blieben aber gewöhnlich im Kleiderschrank Ziegelsteine — für die gestohlenen Sachen ein vollständig ungenügender Ersatz. Der russische Dieb mit dem langweiligen Namen erhielt seine paar Jahre Gefängnis. Das Urteil nahm er natürlich nicht an. Er legte Berufung ein, denn er fühlt sich unschuldig — vielleicht nur deshalb, weil er immer noch den Gentleman spielt, der in den besten Lokalen des Westens verkehrt hat, in den gleichen Lokalen, in denen auch seine Opfer zu Hause waren. Er schädigte seine Klassenossen, so gut er es eben verstand, und mag sich dabei gefast haben: leben denn auch die nicht auf Kosten anderer? Die Berufungsinstanz zeigte aber für diese Diebespsychologie wenig Verständnis und bestätigte das Urteil des Vorderrichters.

so weit gediehen, daß mit der rechtzeitigen Vollendung gerechnet werden kann. So hat man die Einweihung des Turmes auf den Tag der Eröffnung der Ausstellung festgelegt. Sie findet am 3. September, 11 Uhr vormittags, statt. An musikalischen Kräften werden mitwirken das Frankfurter unter Leitung von Bruno Seidler-Winkler und der Moskauer Pöcherbund mit dem Dirigenten Prof. Gramer. Nach einem Prolog von Hans Brenner, den Alfred Braun sprechen wird, sind Ansprachen von Oberbürgermeister Böck und dem Direktor des Westamtes, Dr. Schick, zu erwarten. Für 10 Uhr abends ist ein Feuerwerk vorgesehen.

Leichtsinrige Pilzsucher.

Eine Darstellung der Leistung des Kinderheims St. Michael.

Zu den Pilzvergiftungen im Evangelischen Kinderheim St. Michael in Falkenberg blüht uns die Zeitung folgendes mitzuteilen:

„Die Oberschwester des Kinderheims steht seit 28 Jahren in der Kinderarbeit und hat ihre reiche Erfahrung in mehreren leitenden Ewellungen in deutschen Kinderheimen erworben. Die Schwester machte am Sonnabend vormittag mit zwei anderen Schwestern einen Spaziergang, auf dem einige Pilze entdeckt und gesammelt wurden. Kinder befanden sich nicht in ihrer Begleitung. Die Oberschwester hat eine gute Pilzkenntnis, sie hat schon oft solche Waldkampagnen gesammelt und im Heim verwendet, probierte trotzdem einen Pilz in rohem Zustand und hat Verdächtige nicht gefunden. Auch die Küchenwäscher, die als ausgebildete Köchin 12 Jahre lang im Kinderheim St. Michael tätig ist, hat eine genaue Prüfung der einzelnen Pilze vorgenommen und beim Kochen die Vorsicht beobachtet, einen silbernen Löffel und Zwiebeln mitzudenken zu lassen. Unerwartete verdächtige Erscheinungen haben sich bei dieser Vorsichtsmaßnahme ebenfalls nicht gezeigt. Das Hauptgericht des Mittagessens am 21. August bestand aus Bohnen und Würstchen mit Kartoffeln. Das geringe Quantum Pilze war von den oben erwähnten Kindern nur als Hebeltragung für den Hauspersonalist als kleine Beilage gedacht, jedoch ist diesem Bericht nur teilweise zugeprochen. Die Folgen der Vergiftungen zeigten sich nach circa 12 Stunden ein. Der Hausarzt war sofort zur Stelle und hat in ausdauernder umsichtiger Weise seiner Pflicht genügt. Die amtlichen gründlichen Untersuchungen sind abgeschlossen, auf deren besprechende Veröffentlichung hingewiesen wird. Die in Eberswalde sich befindenden Schwestern sind außer Lebensgefahr.“

Ogleich die Oberschwester in dieser Zuschrift als gute Pilzkennerin bezeichnet wird, so haben die folgenschweren Vergiftungsfälle doch den Nachweis erbracht, daß ihre Pilzkenntnis nicht ausreichte, um giftige Pilze von ungiftigen unterscheiden zu können. Die Oberschwester mußte die Belästertigkeit, mit der sie giftige Pilze für essbar erklärt, selbst mit dem Tode büßen. Drei Schwestern und ein Hauswart wurden ebenfalls Opfer ihrer Vertrauensseligkeit. Berufsmäßige Pfleger sollten sich den Fall zur Warnung dienen lassen.

Der Stadtkämmerer Dr. Karding wird die Amtsgeschäfte noch bis Mitte November weiterführen.

Beiratsrat der Arbeiterkammer. Am Sonntag, 29. August, findet auf dem „Evanherd“ das Sängerfest des S. Bezirks statt. Beginn ummittags 3 Uhr. Neben den blühenden Männer- und Frauenchören werden diesmal auch Frauen- und Gemischte Chöre zum Vortrag gelangen. Eine besondere Note erhält das Fest dadurch, daß der Kinderchor vom Volkshor Staaken und die Jugendabteilung des Männerchors „Harmonie“ Charlottenburg, die am vorigen Sonntag in Frankfurt/Oberrhein ein Gastkonzert gab, welches ein Ereignis für Frankfurt bedeutete, mitwirken werden. — Eintritt 50 Pf.

Steinwürfe gegen Schnellzüge.

München, 26. August. (WZ.) Gestern wurden die Schnellzüge D 49 und D 14 auf der Strecke Rosenheim-München vor der Station Ostermünchen mit Steinen beworfen. Vom Zug D 49 wurde eine Fenster Scheibe zertrümmert und drei Reisende wurden durch Glassplitter leicht verletzt. Beim Zug D 14 zertrümmerte der durch ein offenes Kuhfenster geschleuderte Stein ein Seitengangfenster eines Wagens. Verletzt wurde hier niemand. Die Eisenbahnverwaltung hat für die Feststellung des Täters eine Belohnung von 300 M. ausgesetzt.

Gelbe dürfen nach Rußland.

Aber keine Sozialdemokraten.

Die „Rote Fahne“ muß gestehen. Es ist ihr natürlich sehr peinlich. Aber es hilft nichts, die Tatsache aus der Welt leugnen zu wollen, daß unmittelbar vor der jetzt in Sowjetrußland herumgeführten „Arbeiterdelegation“ eine gelbe Arbeiterdelegation in Rußland war unter Führung des Vorsitzenden der gelben Organisationen Deutschlands, des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Geisler.

Daß dieser Geisler über seine Eindrücke in Moskau in einem reaktionären Blatt in Deutschland Bericht erstattet hat, versucht die „Rote Fahne“ zu verschweigen und bei ihren Lesern den Eindruck zu erwecken, als hätte der von der Sowjetregierung mit ausgefuchter Zuortommenheit behandelte Oberstaschist seine Eindrücke im „Vorwärts“ veröffentlicht. Weiter versucht die „Rote Fahne“ ihren Lesern noch den Baren aufzubinden, als hätte der „Vorwärts“ den Bericht dieses neuesten Günstlings der russischen Arbeiter- und Bauernregierung als lautere Wahrheit hingenommen.

Wenn die „Rote Fahne“ aber glaubt, daß ihre einsfältigen Schwindeleien bei ihren eigenen Lesern irgendwie verfangen könnten, so irrt sie sich gründlich. Dafür werden unsere Genossen in den Betrieben schon sorgen.

Zum Schluß der tendenziösen Ermüdung veröffentlicht die „Rote Fahne“ folgende offiziöse Erklärung der Sowjetregierung:

Die Sowjetregierung öffnet ihre Tore den Vertretern aller Arbeiter ohne Rücksicht auf ihre politische Einstellung, also auch dann, wenn diese Arbeiter noch unter Einfluß der faschistischen Demagogie stehen. Gerade jene Tatsachen, die sie in der Sowjetunion mit eigenen Augen sehen, oder über die ihnen von Augenzeugen berichtet wird, werden dazu beitragen, sie von allen gelben Führern und der SPD. loszulösen. Auch reformistischen Delegationen sind die Tore der Sowjetunion geöffnet, wenn diese nicht die Forderung stellen, gegenrevolutionäre Emigranten, berufsmäßige Verbreiter von Lügen und Verleumdungen über Sowjetrußland als „objektive Dolmetscher“ mitzunehmen.

Mit dieser Erklärung wird ausdrücklich gesagt, daß den gelben „Arbeitervertretern“ von der Sowjetregierung die Tore nach Rußland weit geöffnet werden, daß diese Tore aber Sozialdemokraten hermetisch verschlossen bleiben, wenn diese Sozialdemokraten den Ischekisten in Moskau aus irgendeinem Grunde nicht genehm sind. Auch wenn diese Sozialdemokraten jahrelang im Dienste der Sowjetregierung standen und in den Reihen der roten Sowjetarmee gegen die Weißen kämpften, auch dann kann es ihnen passieren — und es ist vorgekommen —, daß man ihnen die Einreise nach Rußland (wohingemerkt, russischen Staatsangehörigen!) verweigert, nur weil sie Sozialdemokraten sind.

Man muß ein notorischer Verächter der Wahrheit, wie jener Geisler sein, man muß wie jener Geisler im Dienste und im Solde der Unternehmer stehen, um Gnade vor den Augen der moskowitzischen Ischekisten zu finden. Genau so wie die Regierung in Moskau wohl mit den Kapitalisten aller Länder Verträge abschließt und Geschäfte macht, es aber ablehnt, dem Verband sozialer Bauernbetriebe Holz zu liefern, sondern dieses sozialistische Unternehmen an die großkapitalistischen Holzfirmen verweist, die aus Rußland Holz beziehen.

Wenn es in der offiziellen Erklärung heißt, daß die Gelben, die die russische Gastfreundschaft genießen, überwältigt von dem, was sie in Rußland sehen durften, sich von den gelben Führern loslösen würden, so möchten wir einmal sehen, wie Geisler sich von sich selber „lost“? Oder glaubt man in Moskau, daß Geisler, der in moralischer Beziehung eine so große Leistungsfähigkeit besitzt, der richtige Mann ist, um für Sowjetrußland erworben zu werden?

Kein Mensch würde von einer solchen „Wandlung“ Geislers überrascht sein. Auch Mitglieder der zaristischen Geheimpolizei wurden zu den festesten Stützen der „roten“ Geheimpolizei. Ueberaus wäre nur, wenn man in Moskau wirklich glauben könnte, ein Geisler könnte eine Eroberung sein. Jedenfalls ist die gelbe „Arbeiterdelegation“ und die Begründung, mit der man sie zu verteidigen sucht, eine heilsame Lehre für alle, die noch an dem Schwindel der „Arbeiterdelegationen“ zu glauben bereit waren.

Wirtschaft

Das liebe Geschäftsgeheimnis ...

... in amerikanischer und in deutscher Auffassung.

In einer Schrift „Das Rätsel hoher Löhne“, die von Karl Trapp überseht, bei Friedrich Vieweg in Braunschweig erschienen ist, halten die Engländer Vertram Austin und W. Francis Lloyd ihren Landesleuten die amerikanischen Wirtschaftsmethoden als Beispiel vor. Von besonderem Interesse sind dabei auch die Beobachtungen, die sie über die Handhabung des Geschäftsgeheimnisses in Amerika gemacht haben. Was dabei festgestellt wird, dürfte wohl geeignet sein, manchen deutschen Unternehmer seiner letzten Fassung zu berauben. Heißt es doch wörtlich:

„Die Auswertung von Verlustquellen der Industrie wird durch Zusammenarbeiten sehr erleichtert. Die Vereinfachung und einheitliche Gestaltung aller Formulare können der Verkaufsorganisation zum Vorteil gereichen, während genaue Verkaufstatistiken der verschiedenen Artikel wiederum dem Fabrikationsbetrieb von großem Nutzen sein werden.“

Zwei bedeutende Firmen der Landwirtschaftlichen Maschinenbranche in Amerika arbeiten in großem Umfange in der Fabrikation zusammen. Wenn die eine Fabrik eine neue Maschine herausbringt, kauft die andere Firma ein Exemplar und bittet um detaillierte Zeichnungen, die auch bereitwillig gegeben werden. Diese ist dadurch in der Lage, die Maschine genau zu untersuchen, um zu sehen, ob sie noch irgend welche Verbesserungen bewirken kann. Dieses Entgegenkommen wird von der Gegenseite natürlich erwidert. Ingenieure der einen Gesellschaft besuchen die Werkstätten der anderen, um die Arbeitsmethoden, die Leistungsfähigkeit der Maschinen und andere Einzelheiten zu studieren. Die Zusammenarbeit wird aufrichtig und ehrlich durchgeführt, weil beide Firmen sich klar darüber sind, daß ein schnellerer Fortschritt in ihrer Branche von beiderseitigen Vorteilen ausschlägt, da die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Maschinen im Verhältnis zum Fortschritt der Verbesserung solcher Maschinen gesteigert wird.

Die Ford Company besitzt ihre eigenen Spiegelglaswerke. Diese Gesellschaft war die erste, die Glas in einem ununterbrochenen Arbeitsvorgang herstellte, wodurch sie ihre Produktionskosten von 1,25 Dollar auf 0,35 Dollar pro Quadratzoll ermäßigen konnte. Die Formel, die das Verhältnismäßig an Soda, Asche, Kieselerde, Sand, Kalk usw. gibt und die den ganzen Verarbeitungsprozess umfaßt, ist jedermann zugänglich. Falls es jemandem möglich sein sollte, das Verfahren zu verbessern und das Glas zu einem billigeren Preise zum Verkauf herzustellen, würde die Gesellschaft bereit sein, wie der Fabrikleiter erklärte, ihre eigene Anlage zu verschrotten und im Interesse der Kostenersparnis von dem neuen Fabrikanten zu kaufen.

Ein leistungsfähiger Betrieb riskiert nichts durch Preisgabe seiner Fabrikgeheimnisse, sondern kann nur Vorteile aus den Vorschlägen und Versuchen von außenstehenden Sachverständigen ziehen, denen Gelegenheit gegeben wird, sich mit dem Fabrikationsvorgang bekannt zu machen.

Einem Lande, in welchem dieser Geist besteht, werden die Vorteile, welche in der schnellen Verbreitung dieser Kenntnisse liegen, zweifellos eine Ueberlegenheit über andere industrielle Länder hinsichtlich der Verbesserung der Arbeitsmethoden und Fabrikationsvorgänge verschaffen.“

Deutschland ist dieses Idealland jedenfalls nicht. Sonst wäre es unerkennbar, mit welchem geradezu fanatischen Eifer selbst führende Industrien gegen jede Mitteilung interner Geschäftsgeheimnisse zu wehren. Sichern einmal positive Angaben über inkorrekte oder gar fehlerhafte Betriebsführung durch, so sucht man im Betriebsrat den Indiskreten ausfindig zu machen, der es in der Regel gar nicht gewiesen ist, oder man bezieht sich Angelegte der Untreue. Ja, es soll sogar vorkommen, daß große Trusts ihre Arbeiter und Angestellten verpflichten, nicht einmal über solche Vorgänge irgend etwas auszusagen, die jeder einigermaßen aufmerksame Beobachter, wenn er nur Zeit genug dazu hat, auf das genaueste verfolgen kann, so zum Beispiel den Stand der Belegschaft, große bauliche Veränderungen, starke Veränderungen in Vorräten usw. Bei uns ist eben das Geschäftsgeheimnis noch eine liebe Gewohnheit, und zwar eine recht kostspielige Gewohnheit. Die Volkswirtschaft bezahlt sich mit der Aufrechterhaltung rückständiger Betriebsmethoden, mit hohen Preisen bei niedrigen Löhnen, mit künstlich niedrig gehaltenen Umsätzen und großer Arbeitslosigkeit.

Ob nicht auch da etwas von den Amerikanern zu lernen sein sollte?

Das größte Röhrenwerk der Erde. Aus Bochum wird uns gemeldet: Die Ruuanlagen des Bochumer Vereins in Höntrop sind nunmehr fertiggestellt. Sie bedecken eine Fläche von 80 000 Quadratmetern. Das Röhrenwerk ist das größte der Erde. Es besteht aus drei riesigen 400 Meter langen Hallen. An das Röhrenwerk schließt sich ein Stahlwerk an, das eine Länge von 60 Metern und eine Höhe von 30 Metern besitzt. In der Nähe dieser Anlagen befinden sich zwei 70 Meter hohe Schornsteine. Die Brennstoffversorgung des Werkes erfolgt durch Hochdruckgas und Koks. Nach Mitteilung der Verwaltung ist das Werk zurzeit zu 50 Proz. beschäftigt.

Weitere Zunahme der amerikanischen Automobilproduktion. Im ersten Halbjahr 1926 wurden nach amerikanischen Veröffentlichungen rund 2 160 000 Personautos und 260 000 Lastkraftwagen produziert. Die gesamte Fertigung stellt sich demnach auf 2 420 000 Stück gegenüber 2 170 000 im Vorjahre und 2 050 000 in derselben Zeit 1924. Der Gesamtbestand an Kraftfahrzeugen in den Vereinigten Staaten wird für den Stichtag des 1. Juli 1926 auf 19 579 768 angegeben; darunter befinden sich 17 172 567 Personwagen und 2 407 201 Lastkraftwagen. Der Bestand hat sich gegenüber dem Vorjahre um 11,3 Proz. erhöht. Rechnerisch genommen entfällt auf je 5,3 Einwohner der Vereinigten Staaten ein Kraftfahrzeug.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Engel; Wirtschaft: Ernst Saltemus; Gewerkschaftswesen: J. Steiner; Ausland: Dr. John Schilowski; Volles und Sonstiges: Fritz Kerschütz; Anzeigen: H. Glode; Illustration: Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Der englische Bergarbeiterkampf.

Verhandlungen mit der Regierung.

London, 26. August. (Eigener Drahtbericht.) Das Exekutivkomitee der Bergarbeiter besaßte sich am Mittwoch den ganzen Tag über mit der Frage, auf welcher Basis neue Verhandlungen zur Beilegung des Streiks begonnen werden sollen. Die Bergarbeiterführer werden heute eine Unterredung mit dem Arbeitsminister und dem Bergbauminister haben, die auf ihren ausdrücklichen Wunsch stattfindet. Die beiden Minister legten zu diesem Zweck vorübergehend von ihrem Urlaub nach London zurück.

Die Regierung hat inzwischen größere Angebote von Condoner Polizei zum Schutz der Arbeitswilligen nach den Mittelgebirgsgebieten entsandt.

London, 26. August. (B.T.B.) Der Arbeitsminister und der Staatssekretär für den Bergbau werden den Blättern zufolge heute rechtzeitig genug in London eintreffen, um den Beginn der in Aussicht genommenen neuen Verhandlungen zwischen Bergarbeitern und Regierung heute nachmittags zu ermöglichen.

„Daily News“ zufolge wird gemeldet, daß Sir Alfred Mond sich mit einem Zusammenschluß der Zechen in dem Anthrazitkohlengebiet von Westwales, der ein Kapital von 4 Millionen Pfund umfasse, beschäftige, und daß auch ein Zusammenschluß der Zechen in Dorsetshire mit einem Kapital von 3 1/2 Millionen Pfund Sterling geplant sei.

Internationale Arbeitersolidarität.

Der D.M.B. Berlin gibt 5000 Mark für die Bergarbeiter.

Entsprechend dem Aufruf des A.D.G.B. beschloß gestern die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes, den streikenden Bergarbeitern in England 5000 M. aus der Lokalfasse zu überweisen. Diese Summe ist natürlich unabhängig von den Sammlungen unter den Mitgliedern, die gegenwärtig im Gange sind. Es ist notwendig, daß die Sammlungen beschleunigt durchgeführt werden.

Internationaler Kongress der Keramarbeiter.

Karlsbad, 20. August. (Eigener Bericht.)

In den Tagen vom 16. bis 19. August hielt die Internationale Föderation der Keramarbeiter in Karlsbad ihren fünften Internationalen Kongress ab. Ihm voraus gingen die Kongresse von Limoges (Frankreich), Florenz (Italien), Hanley (England) und nach dem Krige Charlottenburg. Vertreten waren Dänemark, Deutschland, Frankreich, Holland und die Tschechoslowakei. England hatte sein Fernbleiben mit der außerordentlich schwierigen finanziellen Lage entschuldigt, mit Italien ist seit der Herrschaft des Faschismus jede Verbindung abgebrochen.

Nach dem Bericht des Internationalen Sekretärs Bollmann-Berlin berichteten die Ländervertreter über die Entwicklung und den Stand ihrer Organisationen, über die Lage der Keramarbeiter und der Industrie. Ein tristes Bild zeigte der Bericht Broussillons über die Verhältnisse in Frankreich, wo die

kommunistische Spaltungsarbeit verheerend

gewirkt hat. Von allen Rednern wurde das Wirken der Internationale gerade in den schwierigsten Situationen hervorgehoben.

Am zweiten Tage beschloß der Kongress eine Revision des auf dem Kongress von Limoges, also vor 20 Jahren, beschlossenen Statuts der Internationalen Föderation.

Am dritten Tage stand die Frage der gegenseitigen Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen zur Diskussion.

Der Kongress nahm folgende Anträge an:

Antrag des internationalen Sekretärs: „Der Kongress erneuert die Beschlüsse von Florenz bezüglich der

Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen.

betont unter Bezugnahme darauf, daß das Internationale Sekretariat zur Betätigung der internationalen Solidarität nicht aufhören kann, wenn und solange es nicht über die Vorbedingungen und Aussichten des Kampfes und die dazu in Aussicht stehende Unterstützung im eigenen Lande vollkommen informiert ist. Auch die fortlaufende Berichterstattung während des Kampfes ist unerlässlich.“

Antrag Brennan: „Der Kongress überweist den Antrag der dänischen Organisation dem internationalen Sekretär zum Studium mit der Maßgabe, daß dem nächsten Kongress ein Bericht über die Fragen erstattet werde, a) welche Art von Abmachungen zwischen den skandinavischen Verbänden bei Streiks und Aussperrungen vereinbart sind; b) wie die internationale Solidarität bei größeren Kämpfen rascher und wirksamer geübt werden kann.“

Die Finanzierung der Föderation erfolgt in Zukunft in der Weise, daß für jedes Mitglied und Jahr drei Pfennige an die Internationale zu entrichten sind. Dem internationalen Sekretär wurde das Recht gegeben, in Ländern mit schwankender Valuta geringere Beiträge einzubehalten. Dazu lag eine Erklärung der französischen Delegation vor, daß sie sich bemühen werden, trotz der gegenwärtigen Finanzkrise ihre Verpflichtungen zu erfüllen.

Zum Achtstundentag nahm der Kongress eine Resolution an, in der aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen erneut die

absoluten Einhaltung des Achtstundentages

ausgesprochen wird. Dann heißt es:

„Die Arbeiterschaft aller Länder wird aufgefordert, die tägliche achtstündige Arbeitszeit einzuhalten und nicht freiwillig ohne zwingende Umstände zur Verlängerung der Arbeitszeit bereit zu sein. Der Kongress fordert die Delegierten auf, in ihren Ländern auf die Regierungen zu wirken, daß das Washingtoner Abkommen betreffs des gesetzlichen Achtstundentages zur Ratifizierung gelangt. Der internationale Sekretär wird beauftragt, der Frage des Achtstundentages seine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und durch Erhebungen über die Arbeitszeit und deren Auswirkung die angeschlossenen Verbände zu informieren.“

Bei Besprechung der Auswanderungsfrage wurde von Broussillon (Frankreich) darauf hingewiesen, daß in Frankreich in bezug auf die Wanderungsbewegung eine gewisse Beunruhigung besteht. Es gehe darum, Einheimische und Einwandernde zu schützen. In der zu diesem Punkte beschlossenen Resolution heißt es, daß sich der Kongress auf den Boden der Beschlüsse der Wanderungskonferenz vom Mai 1926 stellt und verspricht, mit aller Kraft für deren Verwirklichung einzutreten.

Zum internationalen Sekretär wurde wieder Genosse Bollmann (Deutschland), zu seinem Stellvertreter Karl (Deutschland) gewählt; als Sitz der Föderation wurde wieder Charlottenburg bestimmt. Der nächste Kongress findet in Kopenhagen statt.

Green bei Coolidge.

New York, 26. August. (E.P.) Der Vorsitzende des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, William Green, hat in einer Unterredung mit dem Präsidenten Coolidge erklärt, daß die Vereinigten Staaten einer großen industriellen Depression entgegengehen. Gegenwärtig sei die allgemeine Lage zwar noch gut, doch sei dies nur auf die Ueberproduktion zurückzuführen. Man müsse die Arbeitszeit verkürzen, um einer größeren Arbeitslosigkeit zu entgegen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung! Verwaltungsmittglieder! Achtung!
Freitag, den 27. August, abends 7 Uhr
Sitzung
der mittleren Ortsverwaltung.
Die Ortsverwaltung.

Metalbetten
Stahlmattressen, Kinderbetten günstig zu Priv.
Kat. 650 ir. Eisenmöbelfabrik Suhl Thür.

Holzhäuser liefert seit 25 Jahren
Dickmann A.-G., W 57
Wochenendhäuser - Prospekt gratis!
Wald- u. Wasserparzellen - Nachweis.

Gummi-Mäntel
für Herren, Damen und Kinder
vorrätig und nach Maß
Pelzröcken, Windjacken, Reparaturen
Spezialgeschäft für Regenkleidung
M. Weinheber
C 2, Breite Str. 6.

Begr. 1891.
Steyn- und Dauen-Decken
D. A. Patent-Dauen-Decken
tauchen Sie behens ab Fabrik
Bernhard Strohmändel, Berlin
Wahlstr. 72 (Untergrundbahn Anhalterstr.)
Filiale: Spittelmarkt, Ecke Erdbeerstr.,
und Westen, Nollensburger Platz 2, Ecke Erntedankfest.
Reparat. jed. Art. Jährl. Preisliste gratis.

Kräuter-Franzbranntwein
Überall erhältlich
OPP & JOSEPH
Berlin W.

DER KLEINE BROCKHAUS
Preis M. 23.—
Auch in Ratenzahlung
Zu beziehen durch
J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 2
(Abteilung Sortiment)
und sämtl. Vorwärts-Ausgabestellen

Magenbeschwerden
aller Art
auch Sodbrennen, Aufstossen
besiegt schnell und sicher
Apotheker Schuh's Magenwein
Fordern Sie nur diese Marke in den Apotheken und Drogerien.
Zu haben in allen Apotheken.
Dortselbst ist auch das bestens empfohlene Mittel gegen Arterienverkalkung
zu haben, sowie alle homöopathischen Mittel.
CORDOL
Weitere Verkaufsstellen weisen nach C. Schmidtner & Co., Berlin-Wilmersdorf, Babelsberger Straße 2. — Plötzburg 4074 und 3096.